



In dieser Ausgabe:  
Ausgabe 49  
Winter 2017

**Mehr Transparenz bitte!**  
Seite 2

**Toskanafeeling in Neureut**  
Seite 3

**Sport- und Freizeitpark kommt**  
Seite 4

**Betreuungsangebote verbessern**  
Seite 5

**Mehr Ferien für alle**  
Seite 6

Foto: KA300/ONUK

### ZUKUNFT DES STAATSTHEATERS: SANIERUNG WIRD ANGEANGEN

## Viel Theater ums Theater?

Mit einem Paukenschlag begann der Gemeinderat nach der Sommerpause: Die Kosten für die Sanierung und Erweiterung des Badischen Staatstheaters erhöhen sich dramatisch und belaufen sich nach neuer Vollkostenrechnung auf nunmehr bis zu 325 Millionen Euro anstatt des ursprünglich angelegten Kostenrahmens von 125 Millionen. Zu diesen voraussichtlichen Gesamtkosten kam man nach Überarbeitung des Wettbewerbsergebnisses von 2014. Für den Gemeinderat stellten sich folglich zwei Fragen: Wie konnte es dazu kommen, d. h. was hat diese Kostenexplosion bewirkt? Und zweitens die entscheidende Frage: Wollen wir unter diesen

Umständen weiterhin noch ein Staatstheater, das diesen Namen verdient? Die neue „Vollkostenrechnung“ beinhaltet neben Baukosten, Bauherrenrisiken, nutzungsspezifischen Kosten, Ausstattung auch zusätzliche bauliche Maßnahmen. Während der Bauzeit entstehen weitere Kosten zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebes und ein sogenannter „Risikozuschlag“.

Das Badische Staatstheater, eins von lediglich zwei Staatstheatern in Baden-Württemberg, wird je zur Hälfte von der Stadt und vom Land finanziert. Da das Land seine Kostenzusage trotz exorbitanter Kostensteigerung signalisiert hatte, hing die Entscheidung für

die Zukunft unseres Badischen Staatstheaters an den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die zu unfreiwilligen Hauptdarstellern in einem Kostendrama wurden. Mit großer Mehrheit hat sich der Gemeinderat zum Standort bekannt und die Zustimmung für die Sanierung und Erweiterung des Staatstheaters gegeben. Ich bin mir sicher, dass wir dabei richtig und im Sinne (fast) aller Mitbürgerinnen und Mitbürger gehandelt haben. Was wir tun können und werden, ist in Zukunft mehr Transparenz und eine strengere Kostenkontrolle bei Großprojekten einfordern.



**PARSA MARVI, VORSITZENDER SPD-FRAKTION**

## Gutes Neues!

Wieder neigt sich ein ereignisreiches Jahr dem Ende zu. Auf vielen Gebieten konnten die Weichen für die Zukunft gestellt werden:

Das Stadtbild Karlsruhes unterliegt - bedingt durch den Bau der Kombilösung - einem stetigen Wandel. In der letzten Gemeinderatssitzung 2017 wurde schon über die Installation der Wasserspiele auf dem neu zu gestaltenden Marktplatz abgestimmt. Auch die Steine für den zukünftigen Straßenbelag wurden ausgewählt. Das stimmt uns hoffnungsvoll, denn jetzt geht es mit großen Schritten voran. Gleiches gilt für das Wildparkstadion. Der Baubeginn für

das neue Stadion soll 2018 starten. Die ersten Bauleistungen sind vergeben und mit der KASIG haben wir eine erfahrene Oberbauleiterin gewinnen können. Hierbei muss der Kostenrahmen eingehalten werden. Das emotionsgeladene Thema der letzten Jahre, die „Zweite Rheinbrücke“, endete mit der aussichtsreichen Klage des Bürgermeisteramts gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Bau der zweiten Rheinbrücke Karlsruhe-Wörth. Uns allen wünsche ich schöne Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr 2018!

Mit den besten Grüßen

*Parsa Marvi*



Foto: Stadt Nancy

**GISELA FISCHER: DIE PARTNERSTADT NANCY**

## Jumelage de ville en direct

Seit über 50 Jahren besteht die Städtepartnerschaft mit Nancy. Vielfältig und intensiv sind die gewachsenen persönlichen und offiziellen Beziehungen dieser gelebten Partnerschaft. In diesem Jahr kam ein weiterer wichtiger Schritt der Zusammenarbeit hinzu: Die Räte beider Städte trafen sich in Nancy zu einer Arbeitssitzung. Zunächst galt es, sich über die unterschiedlichen Ratsverfassungen zu informieren, bevor dann einzelne Sachthemen vertieft diskutiert wurden. Wichtig und verbindend für alle war die große Herausforderung, wie

positive Zukunftsbilder von Europa gemeinsam entwickelt werden können und damit den plumpen Antworten der Populisten entgegengetreten werden kann.

Ein erster konkreter Schritt der Zusammenarbeit ist die gemeinsame Jugendkonferenz in Baerenthal 2018 zum Thema „Europäische Aufbrüche“. Die Jugendkonferenz in Baerenthal soll eine feste jährlich stattfindende Einrichtung zu unterschiedlichen Themen und wechselnden Altersgruppen werden. Damit wollen wir die günstige Lage von Baerenthal zwischen den beiden

Städten noch mehr als Ort der Begegnung nutzen. So wird die europäische Idee im konkreten Miteinander erlebbar und das Verständnis für die Nachbarn vertieft.

Weitere Themen, die uns in beiden Städten gleichermaßen betreffen, wollen wir in Arbeitstreffen behandeln. So etwa das Thema „Leben im Alter“, bei dem wir unsere bisherigen Erfahrungen gegenseitig austauschen wollen.

Die nächste Sitzung – diesmal in Karlsruhe – ist bereits für das kommende Jahr fest vereinbart.

**ELKE ERNEMANN: ÖFFENTLICHKEITSARBEIT BEI GROSSPROJEKTEN**

## Mehr Transparenz bitte!



Große Bauvorhaben werden in den nächsten Jahren das Stadtgeschehen bewegen, das Stadtbild beeinflussen und die Bevölkerung wie auch die Stadtpolitik dauerhaft beschäftigen. Um die Bürgerschaft über den Baufortschritt bei den Großprojekten wie beispielsweise Staatstheater, Wildparkstadion, Stadthalle und Europahalle zu informieren, hatte die SPD-Fraktion in einem Antrag an die Stadtverwaltung gefordert, eine regelmäßige Berichterstattung in der Stadtzeitung ins Leben zu rufen.

Nicht zuletzt die immense Kostensteigerung bei der Planung des neuen Staatstheaters hatte gegenüber denjenigen, die die Großprojekte in die Wege leiten, Misstrauen

geschürt. Große öffentliche Bauvorhaben gehören zu jenen Themen der Stadtentwicklung, bei denen sich – auch aufgrund der hohen Kosten – automatisch eine erhöhte Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger einstellt. Dass sich die Fehler der Außendarstellung nicht wiederholen, soll die Öffentlichkeit zukünftig eine weitestgehende Transparenz erwarten können. Befinden sich Großprojekte in der Bau- oder Umsetzungsphase, lassen sich die Fortschritte auf verschiedenen Kommunikationswegen mit den entsprechenden Medien begleiten. Diese öffentliche Information ist uns sehr wichtig und wird von der Verwaltung in Zukunft umgesetzt.

**BARRIEREFREIHEIT AN HALTESTELLEN**

## Gute Fahrt

Barrierefreiheit in Bussen, Bahnen und an Haltestellen ist ein zentrales Thema bei der Weiterentwicklung unseres öffentlichen Nahverkehrs. Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat sich daher zusammen mit Vertretern des Behindertenbeirates vor Ort informiert. Treffpunkt war die Haltestelle Essenweinstraße. Das ausführliche Gespräch mit Experten der Verkehrsbetriebe und des Behindertenbeirates brachte wichtige Hinweise und Verbesserungsvorschläge für die weitere politische Begleitung des Themas. Bis heute sind bereits die Hälfte aller Haltestellen umgebaut. Mit Nachdruck wird an einer möglichst zügigen Umsetzung gearbeitet. Leider kommt es zu Verzögerungen durch fehlende Förderung des Landes. Klar ist für die SPD-Fraktion, dass eine möglichst zügige Herstellung der Barrierefreiheit erfolgen muss. Der Zugang zu unseren Bussen und Bahnen muss für jede und jeden möglich sein.





IRENE MOSER: SCHUTZ FÜR DEN GRÜNEN WEG WEST

## Toskanafeeling in Neureut

Wir wollten von der Verwaltung wissen, wann die Ausweisung des Gebietes „Grüner Weg West“, auch „Neureuter Toskana“ genannt, als flächenhaftes Naturdenkmal und Landschaftsschutzgebiet erfolgen kann und welche Priorität dieses Projekt einnimmt.

Mit der Feststellung der naturschutzrechtlichen Schutzbedürftigkeit kann dann auch eine weitere Prüfung als Baugebiet ausgeschlossen werden. Bei der Ausweisung von Schutzgebieten orientiert sich die zuständige untere Naturschutzbehörde, die in Karlsruhe beim Zentralen Juristischen

Dienst angesiedelt ist, am Landschaftsplan. Im bisherigen Landschaftsplan ist die Ausweisung der Sandgrube am Grünen Weg als flächenhaftes Naturdenkmal bereits vorgesehen. Die zusätzliche Ausweisung der umliegenden Flächen als Landschaftsschutzgebiet wird aktuell im Rahmen der Fortschreibung des Landschaftsplans geprüft. Nach Abschluss dieses Verfahrens wird die Naturschutzbehörde auf Grundlage der Vorabstimmungen das naturschutzrechtliche Verfahren mit einem konkreten Schutzgebietsentwurf eröffnen. Erfahrungs-



gemäß wird von einer Verfahrensdauer – abhängig von etwaigen Einwendungen der Beteiligten, von Trägern oder Öffentlichkeit – von mindestens einem Jahr ausgegangen. Es freut mich, mitteilen zu können, dass die Ausweisung der Flächen bei Neureut als Landschaftsschutzgebiet und des flächenhaften Naturdenkmals „Grüner Weg-West“ bereits an dritter Position bei den zum Abschluss zu bringenden Verfahren steht und somit in naher Zukunft mit der Umsetzung gerechnet werden kann.

DR. RAPHAEL FECHLER: KLARES „NEIN“ ZU PRIVATISIERUNG

## Daseinsvorsorge sichern



Die kommunale Daseinsvorsorge ist nach dem Sozialstaatsprinzip eine unverzichtbare und zentrale Säule, um unsere Stadt weiterhin für alle BürgerInnen sozial, attraktiv und zukunftsfähig zu machen. Aus diesem Grund sind Privatisierungen in diesem Bereich für uns als SPD-Fraktion, auch nur in Ansätzen, nicht zu diskutieren oder gar umsetzbar. Die in den letzten Monaten immer wieder geführten Diskussionen um private Klinikkonzerne, die vermeintlich oder tatsächlich Interesse an einer Beteiligung am städtischen Klinikum haben, verunsichern aus verständlichen Gründen gleichermaßen PatientInnen, MitarbeiterInnen sowie BürgerInnen. Eine Verunsicherung, der wir mit einem eindeutigen und klaren „Nein“ gegen

jegliche Art der Privatisierung von Teilen der kommunalen Daseinsvorsorge entgegenzutreten möchten. Uns als SPD-Fraktion geht es darum, dass für alle Beteiligten die Stadt mit all ihren Ämtern, Gesellschaften und Organisationen berechenbar und verlässlich bleibt. Dies schließt für uns nicht aus, dort, wo es notwendig ist, neue Wege zu gehen und strukturelle Veränderungen mitzutragen – aber nur dann, wenn es Strukturen sind, die in kommunaler Hand bleiben, wie beim städtischen Eigenbetrieb oder der städtischen Gesellschaft. Strukturen, die einen hinreichenden gestalterischen Spielraum geben, um im Interesse der BürgerInnen unserer Stadt auch in der Zukunft die Elemente der kommunalen Daseinsvorsorge

AUFLÖSUNG BILDERRÄTSEL

## Rate mal!

In der Sommerausgabe des SPD-Reports hatten wir nach zwei Bildern gefragt. Bild 1 zeigte den Aufgang zur neuen Turmbergterrasse und Bild 2 die Statue Hebe vor dem Karlsruher Schloss. Nach der Auslosung aus den richtigen Einsendungen wurden die Gewinner benachrichtigt.

in einem sicheren und stabilen Kostenrahmen, unabhängig von der Finanzierungsart, stabil zu halten. Um die negativen Auswirkungen von Privatisierungen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge wieder rückgängig zu machen, müssen viele Kommunen und Kommunalverbände einen hohen finanziellen Aufwand betreiben, um beispielsweise wieder Zugriff auf die Netze der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu bekommen. Aus der Sicht unserer Fraktion ist die kommunale Daseinsvorsorge aus den vorgenannten Gründen unverzichtbar, gut und richtig – trägt sie doch dazu bei für alle BürgerInnen unsere Stadt weiterhin attraktiv, sozial und gerecht zu machen.

HANS PFALZGRAF: UNTERE HUB IN DURLACH WIRD GEPLANT

# Sport- und Freizeitpark kommt

Statt einer „never ending story“ wird der Sport- und Freizeitpark Untere Hub nun doch Wirklichkeit. Der lange Zeitraum seit Beginn der ersten Gespräche bis zu den heutigen ersten Terminabschätzungen wird bei näherer Betrachtung nachvollziehbar. Im Kampf um den Erhalt der ökologischen Funktion der Unteren Hub galt es, viele Begehrlichkeiten wie eine dichte Gewerbebebauung oder den seinerzeit gewünschten Bau eines neuen KSC-Stadions zu verhindern. Komplizierte Eigentumsverhältnisse erschwerten bisher das Ganze. Mit diesem Projekt entsteht aus dem alten Bestandsgelände neues Wohngebiet. Das bedeutet:

1. Es entstehen ca. 60000 qm neue Wohnbaufläche zur Linderung des dringenden Wohnungsbedarfs.

2. Durch die Umwidmung des Bestandsgeländes entsteht eine Wertsteigerung, die eine Gegenfinanzierung des Projektes gewährleistet.

3. Der jetzige Zustand der Sportanlagen lässt keinen vernünftigen Schulsport zu (Karlsruher Modell), er ist den Schülerinnen



und Schülern nicht mehr zuzumuten und birgt teilweise sogar Verletzungsgefahr.

4. Die völlig veralteten Sportanlagen sind größtenteils nicht mehr sanierungsfähig und werden somit für die Vereine immer mehr zur Existenzfrage. Die SPD-Fraktion wird dieses riesige soziale Projekt, bestehend aus der Schaffung von Wohnraum, der Verbesserung des Schulsports und der Förderung des Vereinslebens samt des damit

verbundenen Ehrenamtes bei gleichzeitig gesicherter Gegenfinanzierung und Erhalt der ökologischen Funktion der Unteren Hub wohlwollend und konstruktiv begleiten.

Stand heute wird nach Klärung von noch offenen Eigentumsverhältnissen der Start des Bebauungsplanverfahrens Anfang 2018 sein, so dass der notwendige Satzungsbeschluss durch den Gemeinderat im Jahr 2020 erfolgen kann.

MICHAEL ZEH: STRUKTUREN AM WERDERPLATZ VERBESSERN

## Den Menschen helfen

Der Werderplatz ist der klassische Mittelpunkt der Südstadt. Einkaufsläden, Kneipen, Märkte in einem hippen Wohnumfeld zeigen die Nutzungsvielfalt. In den letzten Jahren hat sich die Situation leider derartig ungünstig verändert, dass die Stadt nach der Bürgerversammlung im letzten Jahr eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet hat.

Erste Ergebnisse, wie die erhöhte Präsenz des Kommunalen Ordnungsdienstes, wurden bereits umgesetzt. Durch die Wiedereinführung des Reinigungstrupps für die Südstadt werden Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen, die länger keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten, geschaffen und gleichzeitig die Sauberkeit rund um den Werderplatz wieder verbessert.

Zu der aktuellen problematischen Situation hat auch die Schließung verschiedener Substitutionspraxen im Landkreis geführt. Die Drogenabhängigen suchen folglich verstärkt die Praxen in der Südstadt auf. Wir fordern daher, dass im Landkreis wieder Praxen eröffnet werden müssen. Sollte der Drogenkonsumraum legalisiert werden, würde die Stadt Karlsruhe eine Räumlichkeit anbieten, so dass Süchtige nicht mehr auf die Toilettenanlagen auf dem Werderplatz oder auf Kinderspielplätze ausweichen müssen.

Bedingt durch schwierige und beengte Wohnverhältnisse sind auch verstärkt Menschen aus Osteuropa am Werderplatz anzutreffen, die dort Alkohol konsumieren. Hier sollen SozialarbeiterInnen mit entsprechenden Fremdsprachenkenntnissen eingesetzt werden, um den Menschen zu helfen.

Durch diese umfangreichen Maßnahmen soll der Werderplatz für die Menschen in der Südstadt wieder ein attraktiver Anziehungspunkt werden.



ZU BESUCH BEI MIRO

## Einblicke



Die SPD-Fraktion ist regelmäßig vor Ort zu Gast und informiert sich über Wünsche, Sorgen und Nöte. Beeindruckend sind dabei die Besuche bei großen Arbeitgebern in Karlsruhe, die unsere Region wirtschaftlich stark machen. Gute und sichere Arbeit ist wichtig für unser aller Zukunft. Die Mineraloelraffinerie Oberrhein - kurz MiRO - beschäftigt derzeit rund 1 000 Menschen. 14 Millionen Tonnen hochwertiger Rohölprodukte veredelt die MiRO jedes Jahr und ist damit der wichtigste Produzent im Südwesten Deutschlands. Das Tanklager der MiRO ist das größte in Deutschland. Überaus interessant war die Busrundfahrt über das Firmengelände, bei der wir die Raffinerieanlagen aus der Nähe betrachten konnten.

SIBEL HABIBOVIC: BILDUNG UND BETREUUNG

# Betreuungsangebote verbessern

Für viele Eltern, deren Kinder in der Grundschule ganztags betreut wurden, stellt sich die Frage, wie die Betreuung auf den weiterführenden Schulen aussieht und ob zumindest eine Betreuung in den Klassen 5 und 6 gewährleistet ist, in denen die Kinder noch nicht regelmäßig Nachmittagsunterricht haben. Nach den Sommerferien verändert sich für viele Kinder und ihre Familien der Schulalltag, so die Feststellung vieler. Schwierig wird es für Familien dann besonders, wenn an der neuen Schule ihres Kindes keine Betreuung gewährleistet wird.

Nicht an allen weiterführenden Schulen in Karlsruhe gibt es eine Betreuung am Nachmittag. Die Karlsruher SPD-Fraktion möchte dies daher in einem Antrag nun genauer dargestellt wissen. Zunächst steht

eine Bestandsaufnahme im Vordergrund, um dann die nötigen Schlüsse daraus zu ziehen. Die Sozialdemokraten möchten dabei wichtige Fragen in den Mittelpunkt stellen. Zunächst benötigen wir einen Überblick, an welchen Schulen eine Betreuung am Nachmittag gewährleistet werden kann. Zudem sollen der Bedarf und alternative Angebote für die Betreuung von Schulkindern dargestellt werden. Die Stadtverwaltung hat diese Anregung nun aufgegriffen und möchte ihrerseits auf die Eltern zugehen und deren Bedürfnisse abfragen. Sobald die Antworten auf dem Tisch liegen, wird die SPD-Fraktion ihr weiteres Vorgehen in dieser wichtigen Frage diskutieren. Ziel ist es dabei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Förderung von Kindern immer weiter zu verbessern.



SPD-FRAKTION TRAF SICH ZUR KLAUSURTAGUNG

## 2018 im Blickpunkt



Im Oktober traf sich die SPD-Gemeinderatsfraktion zu ihrer Klausurtagung und beriet über die Schwerpunkte für das kommende Jahr. Traditionell stecken die sozialdemokratischen Ratsmitglieder ihre Positionen gemeinsam in einer Klausurtagung ab. Bei ihrer Klausurtagung am vergangenen Samstag hat die SPD-Gemeinderatsfraktion eine positive Bilanz ihrer bisherigen Arbeit gezogen und ihre Ziele bis zum Ende der Amtszeit formuliert. Wichtigstes Ziel für die SPD-Fraktion bleibt es, den Zusammenhalt in unserer Stadt zu stärken. Nur mit Zusammenhalt aller gelingt es, unsere Stadt lebenswert weiter zu entwickeln. Kernthemen waren hierbei nach wie vor die Förderung bezahlbaren und sozialen Wohnbaus, ein verbesserter Bürgerservice und eine hohe Lebensqualität. Im Bereich

des altersgerechten Wohnens und der Betreuung von Senioren will die Fraktion auf neue Konzepte setzen. Erste Ansätze hatte man kürzlich bereits aus einem Konzept aus den Niederlanden an die hiesige Verwaltung herangetragen. Auch eine moderne Mobilitätsplanung unter Berücksichtigung umweltfreundlicher Verkehrsmittel sowie die Chancen der Digitalisierung gehören zu den anstehenden Herausforderungen. „Als Sozialdemokraten sehen wir es aber als unsere oberste Aufgabe an, uns als verlässliche Kraft um die Sorgen und Nöte unserer Bürgerinnen und Bürger in allen Lebenslagen zu kümmern“, fasst Fraktionschef Parsa Marvi die Intention seiner Fraktion zusammen. Die SPD-Fraktion wird in eigens eingerichteten Arbeitskreisen die wichtigen Zukunftsthemen der Stadt tiefer erörtern. Auf dieser Basis will man dann in einen Dialog zum Wahlprogramm im nächsten Jahr treten.

### Impressum:

Herausgeber: Parsa Marvi  
Redaktion: Susanne Oppelt, Jonas Weber

SPD-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe  
Hebelstraße 13  
76133 Karlsruhe

Telefon: 0721 29 29 0  
Telefax: 0721 23 43 3  
spd@fraktion.karlsruhe.de  
www.spd-fraktion-karlsruhe.de

SPD-VORSCHLAG: BAUBÜRGERMEISTER

## Unabhängig



Der parteilose Daniel Fluhrer, Diplomingenieur, Regierungsbaumeister, Architekt und Stadtplaner aus Herrenberg wurde mit einstimmiger Unterstützung der SPD-Gremien für das Amt des Baubürgermeisters in Karlsruhe vorgeschlagen. Mit Eintritt in den Ruhestand von Herrn Bürgermeister Michael Obert ist das Baudezernat neu zu besetzen. Die SPD-Fraktion als zweitstärkste Kraft hat hier ein Vorschlagsrecht. Ziel der SPD ist es, einen fachlich kompetenten und unabhängigen Kandidaten vorzuschlagen. Mit Daniel Fluhrer kann aus Sicht der SPD beides hervorragend gelingen. Für die anstehende Wahl im Gemeinderat wünscht die SPD Herrn Fluhrer alles Gute und ist zuversichtlich, dass das personelle Angebot die anderen Fraktionen überzeugen wird. Wichtige Zukunftsaufgaben warten im Baudezernat der Stadt Karlsruhe. Neben einer zukunftsfähigen und modernen Innenstadtgestaltung wird das Thema Wohnen durch den zu erwartenden Bevölkerungsanstieg das drängendste Thema. Die Schaffung von neuem und bezahlbarem Wohnraum für alle ist hierbei das wichtigste Projekt für die SPD-Fraktion in den nächsten Jahren.

# Jetzt strategisch handeln

Das bisschen Haushalt macht sich von allein, könnte man meinen. Es gehe unserem Land, unserer Stadt wirtschaftlich ja gut. Das von Frau Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz prognostizierte Haushaltsdefizit für die Stadt Karlsruhe und der damit einhergehende Haushaltskonsolidierungsprozess vor drei Jahren hat sich zum Glück bisher nicht bewahrheitet. Im Gegenteil! Im Jahr 2016 konnte die Stadt satte 50 Millionen Euro mehr Einnahmen verzeichnen als geplant. Dieses Jahr liegen die Voraussagen sogar deutlich über 100 Millionen Euro, was an der anhaltenden Hochkonjunkturphase und damit verbundenen erhöhten Gewerbesteuererträgen liegt. Das verschafft uns Luft, zukünftig nicht durch Kürzungen und Gebührenerhöhungen die Einnahmenseite verbessern zu müssen, sondern strategische Weichen zu stellen, die eine Verbesserung der Einnahmen- und Ausgabenseite mittelfristig erzielen. Momentan liegen die größten Potentiale zum einen in der Modernisierung der Prozessabläufe in der Verwaltung. Hierzu gehört auch eine Digitalisierung der Verwaltung. Dies kann insbesondere ab dem Jahr 2020 dazu führen, dass die Schwierigkeit, ausscheidendes Personal aufgrund des demographischen Wandels nachzubersetzen, abgemildert



wird, da die verwaltungsinternen Prozessabläufe verbessert wurden. Zum anderen ist es möglich, Verbesserungen der Rahmenbedingungen zu erreichen, um neue Arbeitsplätze in Karlsruhe zu schaffen. Bisher gibt es beispielsweise innerhalb der Stadt Karlsruhe keine belastbaren Zahlen, wie viel die Stadt pro Arbeitsplatz an Einnahmen erzielt. Hierbei sollte neben der Einkommensteuer und der Erhöhung der Gewerbesteuererträge auch im Rahmen der sogenannten Umwegrendite der indirekte Effekt auf Gastronomie, KVV und Einzelhandel, etc. betrachtet werden. Hierfür hat die SPD-Fraktion eine Anfrage gestellt. Mittels

eines Gutachtens sollen jetzt belastbare Zahlen ermittelt werden. Wenn uns die Zahlen vorliegen, können wir an einem alternativen Haushaltskonsolidierungsprozess arbeiten, der die Stärken unserer Stadt weiterentwickelt. Nur wenn wir heute die Weichen in unserer Finanzpolitik stellen, werden wir zukünftig gut aufgestellt sein. Haushaltspolitik ist in erster Linie immer die Gestaltung von morgen. Statt Kürzungen in wichtigen Bereichen durchzuführen, können wir durch kluge Investitionen finanzielle Freiräume schaffen. Dank dieser Freiräume sollte es uns möglich sein, in Soziales, Kultur und Infrastruktur zu investieren.

## YVETTE MELCHIEN: MEHR PLÄTZE IN DER FERIENBETREUUNG

# Mehr Ferien für alle



Sie ist ein Dauerbrenner unserer gemeinderätlichen Arbeit: die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt. Seien es Kindertagesstätten, Ganztageschulen oder dringend benötigte Ferienbetreuung – ein gutes und ausreichendes Angebot für alle Karlsruher Eltern ist ein Kernanliegen unserer Politik. Genauso betrachten wir die Umsetzung von Inklusion dabei als zentrales Handlungsfeld.

Trotz allem Handlungsbedarf sind wir in Karlsruhe zu Recht stolz auf die Arbeit, die bereits geleistet wird. Ein hervorragendes Beispiel für inklusive Ferienbetreuung bot sich uns auch in diesem Sommer bei einem Besuch des Aktivspielplatzes Gün-

ther-Klotz-Anlage. Das Jugendfreizeit- und Bildungswerk des Stadtjugendausschusses bietet seine Aktivitäten dabei selbstverständlich als gemeinsame Ferien für Kinder mit und ohne Behinderung an.

Auch wenn zahlreiche einzelne tolle Angebote aufgezählt werden könnten, wissen wir aus Gesprächen und Anfragen betroffener Eltern, dass in Karlsruhe zumindest nicht ausreichend und in allen Altersklassen bezahlbare inklusive Ferienplätze vorhanden sind.

Daher hat die SPD-Gemeinderatsfraktion einen Antrag in den Gemeinderat eingebracht, ein Inklusionskonzept in der Ferienbetreuung zu erstellen und damit den

bedarfsgerechten Ausbau an Plätzen voranzubringen. Die Verwaltung hat zugesichert, eine Bedarfsanalyse als Grundlage zur Konzepterstellung zeitnah in den Jugendhilfeausschuss einzubringen, um gemeinsam mit den betroffenen Akteurinnen und Akteuren Lösungen zu entwickeln.

Klar ist dabei aus unserer Sicht bereits schon heute: Wir benötigen eine Aufstockung des qualifizierten Fachpersonals beim Stadtjugendausschuss, damit bestehende Angebote zeitnah erweitert werden können. Und auch die Trägervielfalt muss gerade im wichtigen Handlungsfeld Inklusion gefördert werden. Damit alle Kinder - auch in den Ferien - ihren Platz finden!